



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden – Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die große Zahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen von Lehrkräften schnellstmöglich abzubauen und damit nicht nur prekären Lebensverhältnissen aufseiten der angestellten Lehrkräfte vorzubeugen, sondern auch die für den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern notwendige Kontinuität der Lehr- und Bezugspersonen in der Schule sicherzustellen.

#### **Begründung:**

Eines der gravierendsten Probleme des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ist die Personalpolitik: Vielfach kam es in jüngster Zeit zu Engpässen in der Unterrichtsversorgung. Während beispielsweise die Wartelisten für angehende Lehrkräfte noch vor einigen Jahren im Bereich der Grund- und Mittelschulen überfüllt waren und viele hochqualifizierte Absolventen keine Stelle erhielten, sind die Wartelisten nun vollkommen leergefegt. Es kommt und kam in der vergangenen Zeit immer wieder zu extremem Lehrermangel an diesen Schularten.

Es ist nachvollziehbar, wenn die Staatsregierung den teils auch unvorhersehbaren Anstieg des Personalbedarfs, beispielsweise durch die Flüchtlingsbeschulung, durch befristete Anstellungsverhältnisse zu kompensieren versucht. Grundsätzlich muss es jedoch vermieden werden, dass es zu einem stetigen Anstieg von befristeten Stellen im Lehrbereich kommt. Das gilt insbesondere, wenn dieser Anstieg auf langfristige und wiederkehrende Planungsmängel und eine grund-

sätzlich zu knappe Personalbemessung vonseiten des Staatsministeriums zurückzuführen ist.

So stieg die Zahl der befristet Beschäftigten beispielsweise zwischen 2012 und 2016 an Grund- und Mittelschulen um knapp 50 Prozent, an Realschulen sogar um etwa 69 Prozent. Angesichts einer solchen Größenordnung lässt sich weniger ein kurzfristiger und unvorhersehbarer Anstieg des Personalbedarfs vermuten, vielmehr muss der Staatsregierung hier beinahe System unterstellt werden, auf Kosten von Lehrkräften, aber auch Schülerinnen und Schülern an absolut falscher Stelle eine Sparpolitik zu betreiben, die langfristig Konsequenzen für unsere gesamte Gesellschaft hat.

Der Lehrberuf gehört zu den wichtigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben, die es im Staatsdienst gibt. Lehrkräfte haben zentrale Bildungs- und Erziehungsaufgaben und tragen damit zur Stabilität unserer Gesellschaft und zur Gestaltung unserer Zukunft bei. Dabei spielt insbesondere die Beziehungsqualität zwischen allen am Unterricht und Schulgeschehen beteiligten Personen eine wesentliche Rolle, wenn es um ein positives Arbeits- und Schulklima sowie den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern geht. Nicht gelingende Beziehungsgestaltung kann dagegen die Unterrichtsarbeit und damit den Wissenstransfer und die Persönlichkeitsbildung gravierend beeinträchtigen. Um jedoch eine vertrauensvolle Basis und damit eine lernförderliche Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen bzw. Schülern herstellen zu können, ist dringend die Kontinuität des Lehrpersonals notwendig. Dies gelingt aber nicht, wenn die Fluktuation des Lehrpersonals an Schulen durch eine Vielzahl an teils nur kurz befristeten Lehrkräften stetig steigt.

Gleichzeitig schaden prekäre Anstellungsverhältnisse und die damit verbundenen Sorgen um die eigene Stelle sowohl der Arbeitszufriedenheit als auch der Qualität des Schul- und Unterrichtsklimas. Denn ständige Stressfaktoren und die Sorgen, wie man in den Sommerferien ohne Gehalt für seinen Lebensunterhalt sorgen soll oder ob man im kommenden Schuljahr wieder eine Stelle erhält, können langfristig nicht nur der Arbeitsleistung, sondern auch der Gesundheit von Lehrkräften schaden. Die Staatsregierung konterkariert mit ihrer Personalpolitik daher auch ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn sie erst um Lehrkräfte wirbt, viele Junglehrkräfte dann aber nach ihrer Ausbildung auf der Straße stehen lässt oder sie in prekäre Anstellungsverhältnisse bringt.

Der Attraktivität des Lehrberufs an bayerischen Schulen kommt dies nicht zugute. Gerade dem Trend einer stetigen Zunahme des Befristungswesens bei Lehrkräften muss deshalb in jedem Fall entgegengewirkt werden. Trotz einer gewissen Flexibilität, welche für die Personalplanung an Schulen ohne Zweifel not-

wendig ist, muss das Befristungswesen, welches das Staatsministerium derzeit betreibt und das auf gravierende Planungsmängel zurückzuführen ist, daher schnellstmöglich auf ein Mindestmaß reduziert werden.